

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Gesundheit darf keine Ware sein - Kinder- und Geburtenstationen erhalten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für den flächendeckenden Erhalt von Kinder- und Geburtenstationen an den Krankenhäusern in Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen.

- I. Der Erhalt dieser Stationen soll unter anderem durch folgende Maßnahmen erreicht bzw. befördert werden:
 1. Schaffung eines Pools von Ärztinnen und Ärzten des MDK, aus Forschungseinrichtungen bzw. -abteilungen, niedergelassenen sowie pensionierten Ärztinnen und Ärzten,
 2. Schaffung eines trägerübergreifenden Ärztinnen- und Ärztepools,
 3. Aufstockung der Studienplätze in Mecklenburg-Vorpommern,
 4. Initiativen zur Rückkehr deutscher Absolventinnen und Absolventen von Universitäten und Hochschulen im Ausland,
 5. Initiativen zur Rückkehr von Ärztinnen und Ärzten aus dem Ausland,
 6. Prüfung des Einsatzes ausländischer, insbesondere kubanischer, Ärztinnen und Ärzte,
 7. Beschleunigung des Berufsanerkenntungsverfahrens ausländischer Ärztinnen und Ärzte.

- II. Unabhängig von den in Ziffer I genannten Maßnahmen soll mittelfristig gemeinsam mit den Kommunen ein Fonds für die Rekommunalisierung von Krankenhäusern in Mecklenburg-Vorpommern aufgebaut werden.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Kinder- und Geburtstationen kann an den Krankenhäusern in Mecklenburg-Vorpommern offensichtlich nicht mehr dauerhaft und stabil gewährleistet werden. Krankenhäuser kommen in diesem Bereich ihrem Versorgungsauftrag nicht mehr in erforderlicher Art und Weise nach, da es vor allem an Ärztinnen und Ärzten mangelt.

Um diesen Notstand zu beseitigen, bedarf es eines engagierten Handelns aller Beteiligten, zu fordern jedoch der Krankenhausunternehmen als Auftragnehmer sowie der Landesregierung als Auftraggeber.

Für die schnellstmögliche Sicherstellung des ärztlichen Personals soll ein Pool aus vorhandenen, jedoch zurzeit anderweitig eingesetzten Ärztinnen und Ärzten des MDK, aus Forschungseinrichtungen bzw. -abteilungen, niedergelassenen sowie pensionierten Ärztinnen und Ärzten geschaffen werden. Daneben ist ein trägerübergreifender Ärztepool zu bilden. Auch mit der Anwerbung zurzeit im Ausland tätiger Ärztinnen und Ärzte oder Studienabsolventinnen und Studienabsolventen sowie mit dem Einsatz ausländischer, insbesondere kubanischer, Ärztinnen und Ärzte, kann das Problem einer Lösung zugeführt werden.

Letztendlich zeigt die Entwicklung, dass die privaten Träger der Krankenhäuser oftmals und überwiegend nur die Aufgaben wahrnehmen, mit denen sie - bei starker Investitionsförderung durch das Land und die Kommunen - die Renditeerwartungen ihrer Aktionäre erfüllen. Gesundheit darf jedoch keine Ware sein und die Gesundheitsversorgung, inklusive der stationären, ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb sind Voraussetzungen zu schaffen, mit denen Kommunen ihre Krankenhäuser rekommunalisieren können. Um dies zu unterstützen, ist ein Landesfonds zu schaffen.